

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 67 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 04.03.2021

„die Schnauze voll“



„Ganz ehrlich, die Leute haben die Schnauze voll.“ und „Wir vernichten aktuell Existenzen. Außerdem auch die Staatskasse.“ wird der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier in der BILD – Zeitung zitiert und will deswegen zügig Lockerungen, wider eigenen besseren Wissens, durchsetzen.

Wird Bouffier auch die Abschaffung der Zensuren zur Leistungsbewertung in der Schule vorantreiben (obwohl sie sich bewährt haben), da ein Großteil der Schüler auch von ihnen „die Schnauze voll“ hat?

Wird Bouffier auch die Abschaffung der Steuern zur Finanzierung des Staates fordern (obwohl sie nötig sind), da ein Großteil der Bürger auch von ihnen „die Schnauze voll“ hat?

Wird Bouffier auch die Beendigung des Klimawandels fordern (ohne die dafür nötigen Maßnahmen einzuleiten), da ein

Großteil der Bürger vom Klimawandel „die Schnauze voll“ hat?

Wird Bouffier auch die Beendigung der ewigen Kfz - Stauungen in den Innenstädten fordern, da ein Großteil der Bürger von Staus „die Schnauze voll“ hat?

Wird Bouffier auch die Disqualifikation des FC Bayern München in der Bundesliga fordern (obwohl sie die Besten sind), da ein Großteil der Fußballfans „die Schnauze voll“ vom Dauermeister hat?

So geht Politik: Fordern und eventuell sogar machen, was die lauteste Minderheit medial will und dann, falls es schiefgeht, die Mehrheit der Bürger dafür verantwortlich machen, welche sich nicht beschwerten, sondern den sachlich begründeten Weg ohne mediales Tamtam mitmachten.

Politiker, besonders die in Regierungsämtern, werden dafür bezahlt das Richtige zu tun, nicht das medial Beliebteste zu machen! Regieren heißt Verantwortung über das eigene Wohl hinaus zu tragen und nicht nach Tagesform und Umfragewerten zu entscheiden. Wahlkampf rechtfertigt nicht jeden Blödsinn!

Beispiel gefällig: Bundeskanzler Schröder leitete die richtigen Reformen für Deutschland ein und setzte diese durch, obwohl es ihn die Wiederwahl kostete! Angela Merkel profitierte während ihrer ganzen Regierungszeit vom Durchsetzungswillen Schröders, welcher das mediale Echo ignorierte.

Danke SPD

Ein Bürgergeld, welches zum Leben ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen soll, wird die Hartz-IV-Grundsicherung ersetzen, wenn es nach der SPD geht. In den ersten zwei Jahren des Bezugs der staatlichen Hilfe-

leistung sollen Vermögen und Angemessenheit der Wohnungsgröße nicht überprüft werden, plant die SPD. Leistungskürzungen soll es nicht mehr geben, auch wenn man Fördermöglichkeiten und Weiterbildungen zur Verbesserung der eigenen Situation ausschlägt. Danke SPD. Danke dafür, dass ich staatliche Unterstützung bekommen soll, auch wenn ich es nicht benötige, weil ich Vermögen und eine viel zu große Wohnung habe. Danke, dass ich die volle Staatsknete bekommen soll, auch ohne das ich dazu beitrage meine Situation zu verbessern. Denn das Risiko des „normalen Lebens“ sollte mir schon der Staat abnehmen. Wer nicht arbeitet oder arbeiten kann, muss zuerst sein eigenes Vermögen überwiegend aufbrauchen, bevor er/sie auf staatliche Hilfe (=Vermögen aller Bürger) zugreifen kann. Wer nicht arbeitet muss leben können, kann aber nicht in gleichem Maße „gesellschaftlich teilhaben“, denn sonst wird der zum Dummen, der diese Teilhabe über Steuern finanziert und zur eigenen „Teilhabe“ oft lange sparen muss.

Aufwandbeschaffungsmaßnahme

Zum Ersatz für einen Aufwand erhalten Menschen eine Aufwandspauschale. Sie sollten also einen gewissen Aufwand haben bzw. betreiben. Ist dieser Aufwand zu gering, ist der Aufwand zu steigern um die Aufwandspauschale zu rechtfertigen. So ist die hyperventilierte Aufregung um einzelne Bäume im Buchloer Stadtrat zu erklären. Fraktionen, welche seit Jahren keinen Antrag im Stadtrat gestellt haben treiben den Aufwand um Bäume auf absurde Höhen. Verwaltung und Bauhof werden mit sinnfreien Baumarbeiten beschäftigt und Ortsbegehungen des Stadtrats vorgeschlagen um über einzelne Bäume zu beraten. Hier kann man auch gut erkennen, dass sehr viele Pensionäre und Rentner im Buchloer Stadtrat sehr viel Zeit haben, die sie mit den noch berufstätigen Stadtratskollegen verbringen möchten. So eine Art betreutes und entschädigtes Stadtraten um im Alter nicht zu vereinsamen.

Wobei „Stadtraten“ wörtlich zu nehmen ist, denn man kann nur noch raten, was manchem Stadtraten noch einfallen wird um den Aufwand zu steigern. Vielleicht lässt sich dann sogar die Anhebung der Aufwandspauschale begründen? Der Stadtrat könnte zum Beispiel auch über die Standorte aller Baumpflanzungen einzeln entscheiden, diese vorher besichtigen und dann ausführlich über die in Frage kommenden Baumarten und ihre kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung diskutieren. 2020 wurden im Stadtgebiet auf öffentlichem Grund (ohne Mitwirkung des Stadtrats) wesentlich mehr Bäume gepflanzt als gefällt wurden – also aufwands-technisch ist hier noch enorm viel Luft nach oben. Bei mehreren Hundert Bäumen pro Jahr besteht genug Profilierungsmöglichkeit! Auch bei der Auswahl der zu pflanzenden Sträucher besteht zweifellos noch Diskussionsbedarf.

Am besten ließe sich diese Arbeit in einem neu zu gründenden „Baumausschuss“ koordinieren und alle Fraktionen ordnen ihre unterbeschäftigten Mitglieder in diesen Ausschuss ab. Damit für dessen Sitzungen die Aufwandspauschale auch „verdient“ wird, sollte eine Mindestsitzungsdauer von 2,5 Stunden vorgeschrieben werden. In diesem Ausschuss könnte dann auch das mathematische – naturwissenschaftliche Grundwissen (wie hoch sind eigentlich 10 Meter? Schattenrichtung?) zur Beurteilung der Sachfragen vermittelt werden.

Von den Stadträten der Grünen, UBI, SPD, FW, CSU und FDP haben nur ein „Freier Wähler“, ein „FDP – ler“ und zwei „CSU – ler“ einen der vielbeschworbenen „Großbäume“ in Hausnähe. Der Rest bevorzugt „Großbäume“ an anderer Stelle, damit sie dort Schatten und Laub werfen, die eigene Regenrinne aber nicht verstopft und die Terrasse nicht verschattet wird.

Bitte diskutiert endlich ernsthaft über ein Baumschutzverordnung (von den Grünen schon länger gefordert), damit auch auf Privatgrund endlich Schluss ist mit dem mündigen Bürger. Außerdem wollen die Baumschutzprofilierungsstadträte schon lange entscheiden, wessen anderer Menschen Haus zuwachsen soll (s.o.). Eine Baumschutzverordnung hätte auch den Vorteil, dass viele Nachbarschaftsstreitigkeiten (Laub, überhängende Äste, Schatten, ...) wegen zu großer Bäume schnell beendet wären, da erfahrungsgemäß mindestens die Hälfte aller privaten „Großbäume“, welche von einer solchen Verordnung betroffen wären, vor Inkrafttreten derselben gefällt würden. Kein Hausbesitzer möchte sich nämlich von Stadträten vorschreiben lassen, ob, wann oder wie ein Baum beschnitten oder gefällt wird. Da empfiehlt sich im Ernstfall die Präventivfällung vor Inkrafttreten einer Baumschutzverordnung. Alle privaten Ersatzpflanzungen werden dann zukünftig vor Erreichen der Baumschutzverordnungsmindestbaumdicke (was für ein Wort ☺) zu Brennholz.

